

Aide-mémoire der DDR an die EG-Präsidentschaft (16. November 1989)

Legende: Am 16. November 1989, in einem Aide-mémoire an die EG-Präsidentschaft, definiert die Deutsche Demokratische Republik (DDR), die Entwicklung ihrer Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft.

Quelle: Umbruch in Europa, Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989: Eine Dokumentation. Bonn: Auswärtiges Amt, 1990. 175 S. ISBN 3-87959-420-1.

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL: http://www.cvce.eu/obj/aide_memoire_der_ddr_an_die_eg_prasidentschaft_16_november_1989-de-7a8720cc-a63b-4a60-aea9-262c08c19472.html

Publication date: 23/10/2012

Aide-mémoire der Deutschen Demokratischen Republik an die EG-Präsidentschaft vom 16. November 1989

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften werden sich am 18. November 1989 zu einem Treffen zusammenfinden. Dem Vernehmen nach soll ein Meinungsaustausch über die Lage in Europa, darunter auch über Entwicklungen in der Deutschen Demokratischen Republik, stattfinden.

Das veranlaßt mich, der Regierung der Französischen Republik, die den Vorsitz in den Europäischen Gemeinschaften führt, den Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik zu einigen aktuellen Problemen nahezubringen und zu bitten, diesen den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln.

Eine breite Volksbewegung hat den Beginn umfassender Erneuerungen der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet. Die offene, kritische, ja harte Aussprache des Volkes mit dem Parlament, der Regierung und den Parteien ist getragen von einem tiefen nationalen Selbstverständnis für die Bedeutung der Stabilität eines Staates im Zentrum Europas.

Inhalt und Ziele dieser gesellschaftlichen Umgestaltung sind tiefgreifende Reformen des politischen Systems, die entschiedene und weitreichende Ausgestaltung des sozialistischen Rechtsstaates sowie eine umfassende Wirtschaftsreform.

Alle Fraktionen des Parlaments der Deutschen Demokratischen Republik haben in einer Debatte am 13. November ihre Entschlossenheit und Bereitschaft erklärt, in kurzer Zeit die dringend notwendigen gesetzgeberischen Voraussetzungen für breite Demokratie, Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit, Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Freizügigkeit zu schaffen. Dazu gehört vordringlich ein Gesetz über freie, allgemeine und geheime Wahlen. Die Bestimmungen und Vereinbarungen der KSZE werden damit in der DDR umfassend verwirklicht.

Erste Schritte von großer Tragweite wurden auf dem nunmehr eingeschlagenen Weg bereits gegangen. Mehrere Millionen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben innerhalb weniger Tage das Recht auf umfassende Reisefreiheit genutzt. Die getroffenen Regelungen sind nicht zeitweiliger Natur. Erforderliche umfassende gesetzliche Bestimmungen werden dem entsprechen. Mit einer grundlegenden Umgestaltung des Regimes an den Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik hat sie sich weit geöffnet. Die Menschen in Europa gehen hier frei aufeinander zu.

Die Deutsche Demokratische Republik ist sich ihrer Verantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa bewußt. Sie bleibt ein berechenbarer und verlässlicher Partner im gemeinsamen Bemühen der Staaten um eine europäische Friedensordnung, um Stabilität.

Eine erneuerte Gesellschaft mit umfassender Wahrnehmung der Grundfreiheiten und Menschenrechte bestimmt das außenpolitische Handeln der Deutschen Demokratischen Republik.

In der kooperativen Sicherheit als System politischer, ökonomischer, ökologischer und humanitärer Beziehungen der Staaten Europas sieht die Deutsche Demokratische Republik ein erstrebenswertes Ziel, für das sie sich vorbehaltlos engagiert. Sie wird alle in der Schlußakte von Helsinki und den anderen Dokumenten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernommenen Verpflichtungen im eigenen Land und in den Beziehungen zu den anderen Staaten umsetzen. In diesem Sinne ist sie für die Überwindung der Spaltung Europas, die keine Überwindung der unterschiedlichen sozialen Ordnungen sein kann.

Zu einem gemeinsamen Haus Europa gehören stabile, berechenbare Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Deren Existenz in den bestehenden Grenzen und ihre Bündniszugehörigkeit bleiben ein Grundelement europäischer Sicherheit. Die Nachbarn beider deutscher Staaten, aber auch alle anderen Staaten Europas, dürfen nicht in Unsicherheit und Ungewißheit leben.

Die Deutsche Demokratische Republik ist von der Notwendigkeit eines neuen Typs der Zusammenarbeit zwischen Ost und West zutiefst überzeugt. Sie stellt sich den Aufgaben, die sich aus diesem Ziel ergeben. Das schließt ein, die dynamische Entwicklung der ökonomischen und politischen Integrationsprozesse als ein bedeutsames Element für die Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Hauses anzuerkennen. Im Kontext eigener Interessen und zur Förderung gesamteuropäischer Prozesse ist die Deutsche Demokratische Republik zur Zusammenarbeit mit den Institutionen westeuropäischer Integration, so auch den Europäischen Gemeinschaften, bereit. Die Deutsche Demokratische Republik begreift den EG-Binnenmarkt als Herausforderung und Chance zugleich. Sie will nicht kritischer Beobachter solcher Entwicklungen, sondern Partner einer für alle vorteilhaften Zusammenarbeit sein. Damit ist die Hoffnung verbunden, beizutragen, daß die ökonomische und technologische Spaltung Europas nicht vertieft, sondern Schritt für Schritt überwunden wird. Die Deutsche Demokratische Republik möchte ihre Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften zügig, kooperativ und konstruktiv entwickeln. Wie bereits mehrfach gegenüber den Europäischen Gemeinschaften betont, handelt es sich um ein Angebot, die Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Institutionen umfassend auszugestalten. Wir sind bereit zum politischen Dialog über Fragen der Sicherheit und des Friedens in Europa. Konsultationen mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit könnten zur politischen Normalität werden. Wir wünschen die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik, Umweltschutz, Transport, Fischerei, Standardisierung und Statistik wie auch in humanitären Bereichen, Kultur, Bildung und Information.

Verhandlungen über ein Handelsabkommen, das auch den Anforderungen im Bereich der ökonomischen Kooperation Rechnung trägt, sollten so bald als möglich aufgenommen werden.

Die Reisefreiheit für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wirft Fragen auf, wie Reisemöglichkeiten in alle Länder der Europäischen Gemeinschaften erweitert werden könnten.

Erinnert sei abschließend an die vielfältigen Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den Vertretern der Europäischen Gemeinschaften und dem Europäischen Parlament, Fragen der Ökonomie, Politik, Demokratie, des Rechtsstaates und der Menschenrechte zu erörtern.

Quelle: Aus den Akten des Auswärtigen Amtes.